



IN VIELEN JUNGEN, ABER AUCH IN ETABLIERTEN DEMOKRATIEN GERÄT DIE FREIHEITLICHE GESELLSCHAFTSORDNUNG ZUNEHMEND UNTER DRUCK. MIT IHRER ARBEIT WIRKT DIE KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG WELTWEIT MIT, DEMOKRATISCHE STRUKTUREN HERANZUBILDEN, WIEDERHERZUSTELLEN UND ZU BEWAHREN.



## DEMOKRATIE IST KEIN SELBSTLÄUFER

### DAS WESTLICHE MODELL IM SCHRAUBSTOCK VON POPULISTEN, AUTOKRATEN UND STAATSKAPITALISTEN

DR. KARSTEN GRABOW

*Projektreferent Lateinamerika,  
Hauptabteilung Internationale  
Zusammenarbeit,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Francis Fukuyama hat sich geirrt, als er angesichts des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime in Ost- und Mitteleuropa 1989/90 vom „Ende der Geschichte“ sprach und postulierte, dass der Weg für den weltweiten Siegeszug der liberalen Demokratie geebnet sei.<sup>1</sup> Die US-amerikanische Nichtregierungsorganisation Freedom House, die seit den 1940er Jahren Berichte zum Zustand der Demokratie veröffentlicht, bewertet zwar in der aktuellen Studie neunzig von 193 untersuchten Staaten als „frei“, 58 als „teilweise frei“ und lediglich 45 Länder als „nicht frei“. Der Freedom-House-Bericht 2007 kommt aber auch zu dem Schluss, dass die weltweite Durchsetzung von politischen und bürgerlichen Freiheitsrechten seit Mitte der 1990er Jahre stagniert.<sup>2</sup> Abgesehen von dem bereits an dieser Stelle bedenklich stimmenden Befund kommt verschärfend hinzu, dass Freedom House vergleichsweise großzügige Kriterien bei der Demokratiemessung anlegt und sich auf wenige – wenngleich wichtige – Merkmale wie Meinungs- und Pressefreiheit und freie Wahlen konzentriert. Legt man die Latte der qualitativen Demokratiemessung höher, kommt man zu noch weniger erfreulichen Ergebnissen. Denn so wichtig Meinungs- und Pressefreiheit sowie regelmäßig abgehaltene, freie und faire Wahlen sind, die Demokratie ist damit als politisches Ordnungsmodell und Lebensweise noch längst nicht hinreichend definiert.

„Wenn von Demokratie die Rede ist, dann ist die freiheitlich verfasste, repräsentative Demokratie gemeint, mit konstitutionell verankerten Grundrechten, Gewaltenteilung, Parlamentarismus, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit.“<sup>3</sup> Dieser Typus politischer Herrschaft wird im Anschluss an den amerikanischen Demokratieforscher Robert Dahl als „Polyarchie“ bezeichnet.<sup>4</sup> Sie ist durch effektive Wahrnehmung universell gültiger Menschenrechte, Teilung und Kontrolle politischer Macht, Befristung von demokratisch legitimierten Herrschaftsämtern, umfassenden gesellschaftlichen und politischen Pluralismus und – konsequenterweise – auch durch eine bestimmte Wirtschafts- und Sozialordnung, nämlich durch die Marktwirtschaft mit staatlichen Regulierungsfunktionen zur Sicherung der Marktordnung, gekennzeichnet.

Wird dieses Verständnis von Demokratie als Maßstab genommen – und nur das können Demokraten im Sinne ihrer Glaubwürdigkeit und der Verteidigung ihrer Grundwerte tun –, dann sinkt die Zahl demokratischer Staaten gegenüber der Einteilung durch Freedom House beträchtlich auf weltweit knapp vierzig. Die Demokratie ist also ein eher seltenes und in Bezug auf ihre Herkunft, Werte und Lebensweisen, nicht unbedingt in ihrer regionalen Ausgestaltung, siehe Indien, ein westliches Phänomen, und sie befindet sich nicht auf dem weltweiten Vormarsch:



*Die Bildung antiwestlicher  
Allianzen, wie derzeit  
zwischen Venezuelas  
Präsident Hugo Chavez (l)  
und Irans Präsident  
Mahmoud Ahmadinedschad,  
nimmt zu.*

- Neue, nicht demokratische Weltmächte wie China, dessen politische Zielkoordinaten in einer wachsenden Zahl afrikanischer Staaten dankbar aufgenommen werden, erstarken.
- Die Tendenz zur Verfestigung von Einparteiensystemen in Afrika (Ägypten, Namibia, Südafrika) ist ungebrochen.
- Die Bildung antiwestlicher Allianzen wie derzeit zwischen Iran und Venezuela, von denen auch atomar angereicherte Drohungen in Richtung westlicher Demokratien ausgestoßen werden, nimmt zu.
- Populismus, Herrschaftszentralisierung und -personalisierung in lateinamerikanischen Ländern, die mit massiven Einschnitten der politischen Freiheitsrechte verbunden sind, finden erstaunliche Zustimmung.
- Die „Lenkung“ der „Demokratie“ durch autokratische und machtsüchtige Führer an der Peripherie Europas ist kein Einzelphänomen.
- Einschnitte der Pressefreiheit, Repressalien gegen die Opposition, stillschweigende Duldung politischer Morde (etwa an der russischen Journalistin Anna Politowskaja) gehören in vielen Ländern zum Alltag.

Von massiven Menschenrechtsverletzungen, Staatsversagen und Bürgerkriegen in zahlreichen asiatischen und afrikanischen Ländern, die bisher nicht ansatzweise den Weg zur Demokratie beschritten haben, ist bei diesen Befunden noch gar nicht die Rede.

Demokratie sei „nervig“, sie „verlangsamt alle Entscheidungen“, bekam Bundeskanzlerin Angela Merkel auf ihrer Afrika-Reise Anfang Oktober 2007 von einigen afrikanischen Politikern zu hören.<sup>5</sup> Aus Sicht des einen oder anderen autokratischen Herrschers mag das stimmen. Die Demokratie ist bekanntlich die „schlechteste aller Regierungsformen – außer all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind“, so die einzigartig pointierte Verteidigung der Vorzüge der Demokratie durch Winston Churchill. Im Sinne Dahls ist sie tatsächlich die einzige Form der politischen Ordnung, die Macht konstitutionell teilt, nur auf Zeit vergibt und damit der Ausbeutung öffentlicher Ressourcen durch sonst permanent herrschende Regenten einen Riegel vorschiebt; die die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger, so sie denn durch Verleihung von unveräußerlichen Bürgerrechten dazu gemacht werden, an gesamtgesellschaftlichen Entscheidungen ermöglicht, die Minderheiten konstitutionell schützt und gemeinwohlorientiertes Regierungshandeln erlaubt, jedenfalls dann, wenn die Institutionen des Staates auf demokratische Weise ins Leben gerufen und erhalten werden und die demokratische Verfassung mehr ist als nur eine Fassade. Entscheidungen innerhalb einer solchen konstitutionell verankerten demokratischen Ordnung erfordern dann in der Tat mehr Zeit als in Diktaturen, aber sie sind eben kein Diktat, sondern Ausdruck des auf demokratischem Wege, d.h. in der Regel nach dem Mehrheitsprinzip, ermittelten Gemeinwillens. Konsolidiert ist eine Demokratie unter anderem dann, wenn auch die in Abstimmungen unterlegene Minderheit die Entscheidungen, z.B. ihre Abwahl, akzeptiert.



*Auch in Osteuropa, wie hier in Weißrussland, begehrt die Opposition immer wieder gegen undemokratische Strukturen auf.*

Auch wenn einige Länder, etwa die USA, auf eine mittlerweile mehr als 200-jährige demokratische Tradition zurückblicken können, war die Demokratie als Staatsform in jedem Land einmal neu. Sie kann erlernt und verinnerlicht werden, sie ist aber auch an materielle und kulturelle Voraussetzungen gebunden, die quasi in einem dialektischen Verhältnis zueinander stehen. Zu den materiellen Voraussetzungen zählen zum einen Frieden und Sicherheit, zum anderen vor allem Besitz und Kontrolle über individuell verfügbare Ressourcen wie Land, Maschinen oder andere Produktionsfaktoren, deren Erträge auf frei zugänglichen Märkten getauscht werden. Auf längere

Sicht erzeugt die Interaktion auf Märkten unter prinzipiell gleichen und für ihr eigenes Wohlergehen selbst verantwortlichen Menschen Werte, die als kulturelle Voraussetzungen von Demokratie verstanden werden müssen. Nach Ansicht des Bremer Demokratieforschers Christian Welzel werden „Menschen, die es aus Erfahrung gewohnt sind, sich auf ihr eigenes Urteil zu verlassen und Entscheidungen, die ihre Existenz betreffen, selbst zu fällen, [...] unkontrollierte und unumschränkte Autorität [...] nicht akzeptieren [...] Erst der Erfahrungshintergrund von individueller Entscheidungsfreiheit und von Gleichheit in kommerziellen und zivilen Tauschbeziehungen macht die Menschen empfänglich für die Idee demokratischer Freiheitsrechte. Diese Erfahrungen sind in ihrer Stoßrichtung anti-autoritär und anti-diskriminatorisch, oder pro-libertär und pro-egalitär“.<sup>6</sup>

Diese Werteentwicklung und im wahrsten Wortsinn Wertschätzung der Demokratie ist historisch belegbar. Die Ursprünge der postantiken Demokratie liegen dort, wo sich Handwerker-gilden und Besitzbürgertum bilden und von autokratischer Herrschaft emanzipieren konnten (z.B. Norditalien ab dem 12. Jh., England ab dem 16. Jh.) oder wo von vornherein keine autokratische Herrschaft existierte und sich freie und gleiche Bürger (zumindest die aus Europa stammenden Einwanderer) eine demokratische Verfassung geben konnten (USA im späten 18. Jh.). Allerdings sind die zur Entwicklung



Die von buddhistischen Mönchen angeführten Proteste in Myanmar wurden mit brutaler Gewalt niedergeschlagen.



und Konsolidierung der Demokratie notwendigen materiellen wie kulturellen Voraussetzungen weder überall auf der Welt in gleichem Maße gegeben, noch lassen sie sich ohne weiteres übertragen, obwohl sie grundsätzlich universellen Geltungswert haben.

Vor diesem Hintergrund ist die internationale Arbeit der deutschen politischen Stiftungen zu sehen. Sie wirken an der Herausbildung von demokratischen Werten in den Projektländern mit, z.B. mit den Programmen zur Genossenschaftsförderung, der Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, Projekten zur Förderung der politischen und administrativen Dezentralisierung und kommunaler Selbstverwaltung zur Förderung von Eigenverantwortung, lokaler Partizipation und Transparenz sowie mit ihren Rechtsstaats-, Medien- und politischen Dialogprogrammen.

Demokratie als politisches Ordnungsmodell und Lebensweise muss durch das Verhalten der politischen Eliten ebenso wie der „normalen“ Bürger gepflegt werden. Angesichts der ungleichen Verteilung ihrer Entstehungs- und Entwicklungsvoraussetzungen und der Tatsache, dass die Demokratie als politisches Ordnungsmodell zunehmend unter Druck durch antidemokratische Populisten und Diktatoren gerät, sind die Verteidigung ihrer Werte und die Unterstützung demokratischer Kräfte durch die demokratischen Länder des Westens, d.h. auch durch die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, notwendiger denn je, jedenfalls dann, wenn wir das Feld nicht antidemokratischen Kräften und gewissenlosen Pragmatikern der internationalen „Entwicklungshilfe“ überlassen wollen.

1 | Francis Fukuyama (1992): *Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir?*, Berlin.

2 | Freedom House (2007): *Freedom in the World 2007* (<http://www.freedomhouse.org>).

3 | Hans-Joachim Veen (2007): „Die Bedeutung politischer Parteien für Demokratie und Demokratisierung“, in:

Gerhard Wahlers/Karsten Grabow (Hrsg.): *Parteien und Demokratie*, Berlin/Sankt Augustin, Seite 25–36, hier Seite 25.

4 | Ebd.: Robert Dahl (1971): *Polyarchy: Participation and Opposition*, New Haven.

5 | *Die Welt*, 6. Oktober 2007, Seite 6.

6 | Christian Welzel (2007): „Ist Demokratie ein universell übertragbares Konzept?“, in: Gerhard Wahlers/Karsten Grabow (Hrsg.): *Parteien und Demokratie*, Berlin/Sankt Augustin, Seite 77–92, hier Seite 86–87.



## MEIN WOHL ODER GEMEINWOHL?

### ELITE – DEMOKRATIE – VERANTWORTUNG

PROFESSOR  
GÜNTHER RÜTHER

*Leiter der Hauptabteilung  
Begabtenförderung und Kultur,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Unsere Gesellschaft sieht sich nicht erst seit der deutschen Einheit tiefgreifenden Modernisierungsprozessen ausgesetzt. Sie haben sich mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Staatenwelt noch beschleunigt. Festzumachen sind diese Prozesse an der fortschreitenden Globalisierung, der wachsenden Spezialisierung und Differenzierung unserer Arbeitswelt. Als Folge daraus beobachten wir sich weiter auflösende Sozialstrukturen unserer Gesellschaft und fragiler werdende geistige Grundlagen unseres Gemeinwesens. Letzteres wird äußerlich besonders deutlich an der Individualisierung unserer Gesellschaft, an ihren zerfallenden traditionellen Familienstrukturen, einer wachsenden Diskrepanz zwischen der veröffentlichten Meinung und dem Empfinden der Menschen in unserem Lande.

Jede Gesellschaft lebt von Voraussetzungen, die sie selbst nicht geschaffen hat. Aber, was vielfach nicht zugleich betont wird, sie lebt ebenso von Herausforderungen und Chancen, die zu ergreifen sie in der Hand hat. Beides zusammen ist für das Gemeinwohl heute und die Gestaltung unserer Zukunft für nachfolgende Generationen von zentraler Bedeutung. Dies gilt als Vermächtnis der Nachkriegsgesellschaft, die trotz schuldhafter Verstrickungen in der Zeit des Nationalsozialismus auf Bedingungen traf, die sie selbst nur zum Teil zu verantworten hatte. Und doch ist es ihr gelungen, verlorengegangene ethische, moralische, normative und wirtschaftliche Fundamente wieder zu errichten. So bedeutsam dabei die innere Bereitschaft zur Veränderung der Bürger und Bürgerinnen auch war, so war der Einzelne doch überfordert. Es kam ganz entscheidend auf die politische, geistige und moralische Führung an. Unter anderen Voraussetzungen sind es auch heute besonders die Eliten – vor allem in Politik und Wirtschaft –, die Verantwortung für das Gelingen einer stabilen, sozial gerechten und freiheitlichen Gesellschaftsordnung tragen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung bekennt sich aus tiefer Überzeugung zur Notwendigkeit von Eliten. Sie haben Vorbildfunktion, Lenkungsmacht und binden Vertrauen in die Gesellschaftsordnung und ihre Institutionen. Seit über vierzig Jahren bemüht sich die Begabtenförderung der Stiftung, zur Bildung dieser notwendigen Eliten beizutragen und dies auch offensiv zu vertreten. Denn nur wenn es eine Elite gibt, die dem an sie zu stellenden Anspruch gerecht wird und dies auch öffentlich wahrgenommen wird, kann sie ihre Rolle als Führungskraft ausfüllen und unsere freiheitliche Demokratie dauerhaft stabilisieren helfen.

### WORAUS SPEIST SICH DAS ZUSAMMENGEHÖRIGKEITSGEFÜHL?

Das Zusammengehörigkeitsgefühl einer Gesellschaft entwickelt sich vor allem aus ihrer Geschichte und Sprache, aus ihren wissenschaftlichen und kulturellen Leistungen, aber auch aus ihrem Wohlstand. Diese Voraussetzungen sind es wohl vor allem, die zu ihrer internationalen Wertschätzung beitragen und nach innen einen belastbaren Wertekonsens gewährleisten. Seine Kraft und Nachhaltigkeit bezieht er aus diesen Kulturleistungen. Sie sichern den Zusammenhalt einer Gesellschaft in Gegenwart und Zukunft. Ist

dieses Zusammengehörigkeitsgefühl nicht hinreichend entwickelt oder gar gestört, gerät die politische Stabilität in Gefahr.

#### IN WELCHER LAGE BEFINDEN WIR UNS?

Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen lässt nach. Das Stimmungshoch im Sommer 2006 während der Fußballweltmeisterschaft sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass der auf unseren Kulturleistungen basierende Wertekonsens schwächer wird. Nun werden viele darauf hinweisen, dass dies nur eine Momentaufnahme sei, jedoch sprechen einige fundamentale Entwicklungen gegen diese wünschenswerte Annahme.

■ **Erstens:** Die sozialen Spannungen in unserer Gesellschaft nehmen zu. Sie sind schon lange nicht mehr auf den Gegensatz zwischen den alten und neuen Ländern zurückzuführen. Sie haben ihre Ursache vielmehr in der Einkommensverteilung. Die Schere zwischen Wohlhabenden und Bedürftigen öffnet sich immer weiter. Immer mehr Menschen, vor allem kinderreiche Familien, leben an der Armutsgrenze. Die demographische Entwicklung wird einen Wohlstandskonflikt zwischen der älteren und der jüngeren Generation auslösen, wie es ihn zuvor noch nicht in Deutschland gegeben hat. Die jüngst veröffentlichte Studie des Deutschen Kinderhilfswerkes zur Kinderarmut zeigt Fehlentwicklungen auf, die noch zunehmen werden, obwohl es noch nie im Nachkriegsdeutschland so wenige Kinder gegeben hat wie heute. Trotz florierender Wirtschaft, wachsenden Bruttosozialprodukts, steigender Staatshaushalte und sinkender Arbeitslosigkeit reicht das Einkommen eines Durchschnittsverdieners kaum noch aus, eine vierköpfige Familie zu ernähren. Mit einer weiteren Schwächung der Familien würde die unser politische System seit den fünfziger Jahren stabilisierende sogenannte nivellierte Mittelstandsgesellschaft (Helmut Schelsky) an Bedeutung weiter verlieren und mit ihr nicht nur ein großer Teil der bürgerlichen Mittelschicht, sondern auch politische Stabilität verlorengehen.

■ **Zweitens:** Die Bewährungsprobe der Integration unserer ausländischen Mitbürger und auch der Deutschen islamischen Glaubens ist noch nicht bestanden. Die von Bundestagspräsident Norbert Lammert initiierte Leitkulturdebatte fragt nach den „kulturellen Grundlagen und Ansprüchen unserer Gesellschaft“ angesichts veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Kritik wurde daran vor allem von den Eliten geübt, die in der öffentlichen Debatte durch klischeehafte Betroffenheitsäußerungen auffallen, aber selbst angesichts ihres ritualisierten Relativismus wenig zur Stärkung der Bindungskräfte unserer Gesellschaft beitragen. Tatsächlich gehen von solcher Beliebigkeit Zentrifugalkräfte aus, die eine Gesellschaft spalten können.

■ **Drittens:** Die Glaubensbindung unserer islamischen Mitbürger und Mitbürgerinnen mag vielen fremd erscheinen. Sie wird häufig nicht von fundamentalistischen Entgleisungen und fundamentalistischer Gewalt unterschieden. Sie ist aber dennoch positiv zu bewerten, auch wenn sie im Gegensatz steht zu den nachlassenden Bindungskräften der christlichen Kirchen in Deutschland, die in den letzten Jahren erheblich an Einfluss verloren haben. Ob wir, wie Jürgen Habermas meint, auf eine „Rückkehr des Religiösen“ hoffen dürfen, bleibt offen. Vielmehr scheint es, dass wir im Zuge eines beschleunigten Säkularisierungsprozesses zwischen den beiden großen Weltreligionen Islam und Christentum in Deutschland auf ganz unterschiedlich verlaufende Entwicklungen treffen. Die christlichen Werte scheinen dabei immer mehr in den Hintergrund zu treten, sie sind aber von fundamentaler Bedeutung für unsere Demokratie. „Demokratie und Christentum sind eng verbunden, sie sind in dem Maße solidarisch, dass man die Demokratie die politische Ausprägung christlichen Lebensgefühls nennen kann“ (Thomas Mann). In ihnen stecken geistige Kräfte, die wir brauchen, um Brücken zu anderen Religionen schlagen zu können. Zu denken ist dabei z. B. an das Humanitätsprinzip. Diese Potentiale fußen auf christlichen Werten, sie werden sich umso stärker und glaubwürdiger entfalten, je mehr sie im Alltag gelebt werden. Eine wachsende Diesseitsorientierung erschwert den Dialog mit anderen Religionen und entsolidarisiert unsere Gesellschaft.



*Die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger muss verbessert werden.*

■ **Viertens:** Eine am Ende des letzten Jahres erschienene Studie des Forschungsbundes SED-Staat zum Geschichtsbild der jungen Generation offenbart, dass es nach wie vor erhebliche Wahrnehmungsunterschiede zwischen Abiturienten in den neuen und alten Bundesländern gibt. Besonders bestürzend ist aber, dass, offenkundig unabhängig von der jeweiligen Sozialisation, die jungen Leute im Osten oder Westen den Gegensatz zwischen Diktatur und Demokratie, zwischen Freiheit und Unfreiheit in ihrem Denken soweit verwässern, dass eine klare Trennlinie von ihnen kaum noch gezogen werden kann. Dies kann fatale Folgen für die Demokratie haben.

Diese vier beispielhaft dargestellten Entwicklungen gefährden den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wenn dieser „Erosionsprozess“ nicht gestoppt wird, nimmt unser gemeinsamer Wertevorrat schweren Schaden. Schließlich ist gerade die offene, freiheitliche Gesellschaft in besonderer Weise auf ihn angewiesen.

#### MÜSSEN WIR UNS UM DIE POLITISCHE STABILITÄT SORGEN?

Auf den ersten Blick müssen wir uns um die politische Stabilität unseres Landes keine Sorgen machen. In Berlin regiert mit breiter Mehrheit die zweite Große Koalition unserer Nachkriegsgeschichte. Sie hat einen klaren Wählerauftrag und kann bisher auf eine in entscheidenden Fragen – wie der Reduzierung der Neuverschuldung unseres Staates, dem Abbau der Arbeitslosigkeit und der Bedrohung unserer Umwelt durch den Klimawandel – positive Bilanz gemeinsamer Regierungszeit zurückblicken, obwohl keine der beiden großen Fraktionen und der ihnen zuzurechnenden Parteien mit dem Ziel einer gemeinsamen Regierungsbildung in den Wahlkampf gezogen sind. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat der Wählerwille eine Koalitionsregierung erzwungen, die nicht auf der Agenda der politisch Verantwortlichen stand. Trotz dieser „Koalition der Vernunft“, vielleicht auch auf Grund der Tatsache, dass sie eine Not- und nicht eine Überzeugungsgemeinschaft darstellt, mehren sich die Anzeichen, die zu einer Destabilisierung unserer politischen Ordnung führen können:

■ **Erstens:** Der politische Extremismus breitet sich in Deutschland aus. Zwar stellt der Rechtsextremismus trotz der Präsenz von DVU und NPD in zahlreichen Landtagen keine ernstzunehmende Gefährdung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung dar, weil nicht erkennbar ist, dass beide Parteien, gemeinsam oder auch getrennt, bei einer nächsten Wahl in den Deutschen Bundestag einziehen könnten. Allerdings bereitet das von ihnen ausgehende soziale Klima der Repression und Gewalt vor allem in den neuen Ländern ernststen Anlass zur Sorge. Einiges deutet darauf hin, dass es diesen Parteien gelingt, neben Protestwählern, die keine ideologische Bindung suchen, auch eine Gruppe von Menschen vor allem in einigen Regionen Ostdeutschlands dauerhaft an sich zu ziehen. Dadurch könnten rechtsextreme soziale Milieus entstehen.

Der Linksextremismus stellt gemessen an seinem Organisationsgrad und Gewaltpotential immer noch eine allzu gerne unterschätzte Gefahr dar. Er hat Verbindungen zur Linkspartei. Sie zeichnet ein ambivalentes Verhältnis zu unserer Demokratie und Verfassungsordnung aus. Vor allem in den neuen Ländern darf „Die Linke“ immer noch als SED-Nachfolgepartei bezeichnet werden. Hier kommt ihr ein ähnlich starkes Gewicht zu wie der CDU und der SPD. Dies hat eine Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach vom Dezember 2007 ergeben, die sie bundesweit sogar als dritte Kraft bei zehn Prozent sieht. Die unsere Zukunft entscheidende Frage ist, ob die bürgerlichen Kräfte der Mitte eine regierungsfähige Mehrheit jenseits einer Großen Koalition finden werden, oder ob es auf Bundesebene wie bereits in einigen Ländern eine Regierung unter Beteiligung der „Linken“ geben wird. Dies käme einem politischen Dammbbruch in der Geschichte der Bundesrepublik mit unabschätzbaren Folgen gleich. Die zuvor skizzierten zerfließenden Grenzen zwischen Freiheit und Unfreiheit, Diktatur und Demokratie könnten im Bewusstsein nachwachsender Generationen zu einem Nährboden für einen radikalen gesellschaftlichen Wandel werden und die Stabilität unserer freiheitlichen Gesellschaft gefährden.



*Polizeibeamte müssen, wie hier in Sachsen-Anhalt, immer wieder rechtsextreme Demonstrationen abschirmen, um so ein Aufeinandertreffen linksautonomer und rechter Gruppierungen zu verhindern.*

▪ **Zweitens:** Wahlen erreichen in Deutschland auf allen politischen Ebenen schon lange nicht mehr eine so hohe Beteiligung wie in früheren Jahrzehnten. Zwar liegt sie im Vergleich zu anderen Demokratien immer noch recht hoch, aber die rückläufige Tendenz ist eindeutig. Sie findet ihre Entsprechung in der stetig abnehmenden Zahl der Parteimitglieder insbesondere bei den großen Volksparteien. Nun steht nirgendwo geschrieben, dass Volksparteien 500.000 oder mehr Mitglieder haben müssen, um ihrem politischen Auftrag gerecht zu werden. Betrachtet man beide Entwicklungen jedoch zusammen, so wird deutlich, dass sie auf Zustimmung- und Vertrauensverlusten gründen, die keineswegs nur die politische Elite betreffen. Vielmehr scheint sich hier ein gesellschaftliches Grundempfinden auszudrücken, das die Glaubwürdigkeit und Gemeinwohlorientierung der Eliten insgesamt in Frage stellt. Erstaunlich ist dabei, dass die Gewerkschaften als klassische Institutionen der Arbeitnehmer davon bisher nicht profitieren können, sondern im Gegenteil auch von den geschilderten Prozessen betroffen sind. Ansehensverluste, Mitgliederschwund und Überalterung prägen das Bild bedeutender gesellschaftlicher Institutionen bei gleichzeitig wachsender Bereitschaft weiter Teile unserer Zivilgesellschaft, ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen.

#### WIE IST DIESER WIDERSPRUCH ZU ERKLÄREN?

Vermutlich ist er vor allem darauf zurückzuführen, dass die Eliten in Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften, einem ökonomischen Demokratieansatz bewusst oder unbewusst folgend, in dem der Wettbewerbsgedanke im Mittelpunkt steht, ihre Partikularinteressen überbetonen und die Konsensmechanismen vernachlässigen. Dies geschieht, obwohl sich die großen Volksparteien programmatisch angeglichen haben und eine Politik des mittleren Weges betreiben. Das hindert sie aber nicht daran, im politischen Alltag eine lautstarke politische Auseinandersetzung zu suchen. Jedoch erwarten die Menschen gerade in schwieriger werdenden Zeiten politische Verständigung und sozialen Ausgleich, auch wenn das Konkurrenzprinzip zum Wesen unserer Demokratie gehört.

#### VOR WELCHEN HERAUSFORDERUNGEN STEHEN DIE VERANTWORTUNGSELITEN?

Es sind vor allem die Eliten in Politik und Wirtschaft, welche die Last der Verantwortung für das Gelingen unserer Demokratie tragen. Zwar sind sie keineswegs alleine für das Wohlergehen der Menschen in die Pflicht zu nehmen, noch sind sie die wesentlichen Verursacher des abnehmenden Gemeinschaftsgefühls und der gefährdeten politischen Stabilität. Aber ihnen fällt dennoch die zentrale Aufgabe zu, verbindende soziale und politische Leitideen zu formulieren. Denn im Gegensatz zu anderen Eliten verfügen sie am ehesten über die Macht, die skizzierten Modernisierungsprozesse so zu gestalten, dass das Gemeinwohl nicht gefährdet wird. Der einzelne Bürger ist in der Regel überfordert, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördernden Sinnressourcen zu aktivieren.

*Die rückläufige Tendenz bei der Wahlbeteiligung ist eindeutig.*

Wir sprechen hier allgemein von Modernisierungsprozessen, weil die skizzierten Entwicklungen keineswegs nur für Deutschland signifikant sind. Allerdings kommt ihnen hier ein besonderer Stellenwert vor dem Hintergrund unserer Geschichte mit den Teilungen unseres Landes zu. Die anderen Eliten, wie etwa in den Gewerkschaften, den Medien oder der Rechtsprechung haben es in der Hand, die negativen Folgen des Modernisierungsprozesses zu verstärken oder dabei zu helfen, sie zu überwinden. Politik und Wirtschaft können ihrer Führungsaufgabe nur gerecht werden, wenn sie bei aller Berechtigung einer Kritik im Detail bei den grundlegenden Richtungsentscheidungen nicht im Stich gelassen werden. Konkret heißt dies, dass die Eliten zusammenarbeiten müssen, damit sie, wenn auch auf unterschiedlichen Wegen, ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten können. Dazu gehört auch, Partikularinteressen zurückzustellen und daran zu messen, ob sie gemeinwohlverträglich sind. Die soziale Balance ist



in vielen Fällen in eine Schieflage geraten, im Gesundheitswesen, in der Industrie, in freien Berufen, in den Medien, wo Führungskräfte häufig unverhältnismäßige Gehälter beziehen, während das Einkommen der Angestellten – vom Jungakademiker bis zur Krankenschwester – nicht mehr ausreicht, den Lebensunterhalt zu bestreiten.

#### WARUM HABEN ES POLITIK UND WIRTSCHAFT HEUTE SCHWERER ALS FRÜHER?

*Politik und Wirtschaft haben es heute ungleich schwerer als früher, ihre Entscheidungen auf einen breiten politischen Konsens zu gründen. Vor allem die großen Volksparteien sehen sich nicht nur einem wachsenden Misstrauen der interessierten Öffentlichkeit gegenüber, sondern sie müssen sich darüber hinaus mit einem Rechts- und Linkspopulismus auseinandersetzen.*

Bei der Suche nach einem neuen sozialen Ausgleich bleibt zu berücksichtigen, dass Politik und Wirtschaft es heute ungleich schwerer als früher haben, ihre Entscheidungen auf einen breiten politischen Konsens zu gründen. Die Öffentlichkeit ruft zwar nach Reformen, der Bundespräsident mahnt, aber notwendige Korrekturen des Staates beispielsweise bei den Einkommensstrukturen oder Eingriffe in die Sozialsysteme bringen zuvor angemahnte Forderungen nach politischer Führung schnell wieder zum Verstummen.

Vor allem die großen Volksparteien sehen sich nicht nur einem wachsenden Misstrauen der interessierten Öffentlichkeit gegenüber, sondern sie müssen sich darüber hinaus in seit Jahrzehnten nicht mehr gekanntem Maße mit einem Rechts- und Linkspopulismus auseinandersetzen, der ihre Profilbildung, Reformbereitschaft und Regierungsfähigkeit lähmt. Besonders die SPD hat hierunter auf Grund ihrer traditionellen Nähe zur „Linken“ zu leiden, in anderem, wenngleich schwächerem Maße aber auch die CDU/CSU. Erschwerend kommt hinzu, dass Politik- und Wirtschaftseliten ihre Entscheidungen im Rahmen so komplexer Strukturen treffen müssen, dass sie einfache, populäre Lösungen, die dem Anspruch einer am Gemeinwohl orientierten Politik gerecht werden, kaum formulieren können. Gerade darauf kommt es heute stärker als in früheren Zeiten an. Denn nur so lässt sich die Zersetzung des Gemeinschaftsgefühls aufhalten und zukünftig politische Stabilität sicherstellen.

Die Eliten stehen vor der kaum lösbarer Aufgabe, soziale Gerechtigkeit politisch zu gestalten. Das Gemeinwohl aber ist ein dehnbare Begriff, allzu viele missverstehen ihn als persönliche Vorteilsnahme. Leider erfahren diejenigen, die sich gemeinwohlschädlich verhalten, oft durch eine veröffentlichte Meinung Unterstützung, die einem realitätsfernen Mainstream das Wort redet. Was dabei heute als richtig und notwendig eingefordert wird, wird morgen wieder verworfen.

Solches Verhalten macht es den Eliten zunehmend schwieriger, die Distanz zu Teilen der Gesellschaft durch vorbildliches Handeln zu überwinden und das Interesse der Menschen an politischen Fragen zurückzugewinnen.

Angesichts einer derartigen öffentlichen Kultivierung der Orientierungslosigkeit und des Egoismus lassen sich notwendige Entscheidungen weniger denn je mit nüchternen Zahlen und Fakten begründen. Auch oder gerade in einer zusammenwachsenden Welt darf der Gefühlshaushalt einer Nation nicht aus dem Blick geraten. Er sollte durch Zukunftsthemen angesprochen werden, die bedeutsam sind und alle betreffen, wie es z. B. die Bundeskanzlerin erfolgreich getan hat, als sie den Klimawandel und die Frage der Menschenrechte in die internationale Debatte einbrachte. Wir dürfen darauf hoffen, dass mit derartigen Positionen, die über unseren politischen Alltag hinausweisende Werte vermitteln, das Gemeinschaftsgefühl gestärkt wird. Das notwendige Zusammenspiel von Staat und Zivilgesellschaft gelingt nicht ohne emotionale Bindungen. Mit ihnen wächst die Bereitschaft zu Veränderungen und zur Solidarität. Der große deutsche Philosoph und Soziologe Helmuth Plessner formulierte es in den ersten Nachkriegsjahren einmal so: „Es ist nicht alles möglich, aber es ist immer mehr möglich, als man glaubt.“

# DAS GUTE UND DAS SCHLECHTE BEISPIEL

## ELITEN SIND VERTRAUENSTRÄGER FÜR EINE DEMOKRATISCHE ENTWICKLUNG

HANS-HARTWIG BLOMEIER

*Teamleiter Lateinamerika,  
Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

DR. NINO GALETTI

*Referent Grundsatzfragen,  
Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

In zahlreichen Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens herrschen trotz intensiver, jahrzehntelang andauernder Entwicklungszusammenarbeit immer noch Armut, soziale Ungerechtigkeit und mangelnde Partizipation. Es gibt hierfür zahlreiche Erklärungen. Eine ist zweifellos, dass die Eliten vor Ort ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl nicht gerecht werden. Vielmehr nutzen Eliten vielfach ihre hervorgehobene Stellung allein zur Erreichung eigener Vorteile, wenn nicht sogar zur Selbstbereicherung.

Darunter leidet nicht zuletzt das Ansehen der Demokratie als Staats- und Regierungsform. Dort, wo Armut und soziale Ungerechtigkeit wirksam bekämpft werden, stabilisiert sich auch das politische System, und die Demokratie gewinnt an Legitimation und Vertrauen. In Deutschland wird die Demokratie auch deshalb als etwas Positives wahrgenommen, weil sie persönliche Freiheit und umfassenden wirtschaftlichen Wohlstand gebracht hat.

In anderen Staaten wird das durchaus anders empfunden: In vielen Ländern Lateinamerikas hat es die Demokratie auch nach ihrer Wiedereinführung in den 1980er Jahren nicht geschafft, einen signifikanten Beitrag zur Verminderung der Armut zu leisten. Sie vermochte es auch nicht, große Anteile der Bevölkerung in die Entwicklung von Politik und Gesellschaft einzubinden. Für die Menschen in Russland wird der Begriff Demokratie mit dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Niedergang in den 1990er Jahren in Verbindung gebracht. Wo die Eliten an der Bekämpfung von Armut und sozialer Ungerechtigkeit gescheitert sind, finden populistische, nationalistische oder autoritäre Strömungen einen Nährboden und verstehen es, Erwartungen und Hoffnungen auf eine bessere Zukunft zu schüren. Die gegenwärtige problematische Situation demokratischer Strukturen in Venezuela, Bolivien oder

Russland hat ihre Ursache auch im Versagen der politischen und wirtschaftlichen Eliten jener Länder in den Jahren zuvor.

Es ist das wichtigste Ziel der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, die freiheitliche Demokratie weltweit zu fördern. Deutschland hat sowohl mit dem Scheitern als auch mit dem erfolgreichen Aufbau von Demokratie im 20. Jahrhundert Erfahrungen gesammelt, die anderen Staaten weitergegeben werden können. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass dem geistigen und moralischen Wiederaufbau in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mit der katholischen Soziallehre und der protestantischen Sozialethik bewusst ein wesentliches Wertefundament zugrunde gelegt wurde, das dem schwierigen Demokratisierungsprozess seinen prägenden Stempel aufdrückte. Erst aus ihren Prinzipien entwickelte sich eine tragfähige freiheitlich-demokratische Grundordnung und eine erfolgreiche Soziale Marktwirtschaft.

Hinter dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft steckt jedoch mehr als die Schaffung eines Ordnungsrahmens für eine effiziente und wirkungsvolle staatliche Sozial- und Wirtschaftspolitik. Diese ist notwendig und wichtig. Es bedarf daneben aber auch eines breiteren Engagements und Bewusstseins der Eliten: Meinungsführer aus allen Bereichen der Gesellschaft, aus Politik, Wirtschaft, Medien, Kultur, Sport oder Wissenschaft sind gefragt, um intellektuell und emotional zu verankern, dass die Bekämpfung von Armut kein rein karitativer Zweck, sondern ein essentieller Bestandteil nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung ist und der Festigung der Demokratie dient. Es ist – nicht zuletzt im Eigeninteresse der traditionellen Eliten – dringend notwendig, der Demokratie als Staats- und Lebensform ihre Glaubwürdigkeit zurückzugeben. Dies kann nur gelingen, wenn alle Akteure eingebunden werden: Partizipation einerseits und Übernahme von Verantwortung andererseits. Die Konrad-Adenauer-Stiftung übernimmt hierbei in ihrer internationalen Projektarbeit die Rolle eines Mittlers, da sie einerseits als werteorientierte Institution inhaltliche Glaubwürdigkeit besitzt und andererseits als externer Akteur von allen Seiten akzeptiert wird.



## RUSSLAND – EIN SCHWIERIGER PARTNER?

### WENN UNSERE DEMOKRATISCHEN MASSSTÄBE VERSAGEN

DR. THOMAS KUNZE

*Teamleiter Europa/Nordamerika,  
Hauptabteilung Internationale  
Zusammenarbeit,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Für den überwiegenden Teil der Medien sowie einen großen Teil westlicher Politologen und Intellektueller hat sich Russland in den vergangenen Jahren vom Weg der Demokratie verabschiedet. Im Mittelpunkt der Diskussionen stehen die russische Tschetschenienpolitik als Beispiel für den Umgang mit Grundrechten, der Fall Chodorkowski als Beispiel für den Umgang mit freiem Unternehmertum und das Ergebnis der letzten Duma-Wahlen als Beispiel für eine zunehmende Zentralisierung der Macht. Ein anderer Teil westlicher Russland-Experten verweist auf die besondere Schwierigkeit des Transformationsprozesses in Russland, das über keine Erfahrungen mit der Demokratie verfügt. Sie sehen in der Politik der russischen Administration den Versuch, Stabilität und Wirtschaftswachstum als Grundlage für die weitere Demokratieentwicklung zu schaffen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist seit 1991 in Russland vertreten. Schwerpunkte der Aktivitäten sind die Zusammenarbeit mit der russisch-orthodoxen Kirche, der Menschenrechtsdialog, gemeinsame Projekte mit den obersten Gerichten der Russischen Föderation und die Kooperation mit politischen Parteien. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich dabei Vertrauen erworben und genießt den Ruf einer politisch tätigen ausländischen Institution, die bei ihren Programmen zur Demokratieentwicklung die Mentalität, Traditionen und Geschichte des russischen Volkes berücksichtigt. Anders könnte eine politische Stiftung, die durch ihre Arbeit deutsche Außenpolitik mitgestaltet, auch keinen Einfluss gewinnen.



*Wahlkampf in Tschetschenien  
für Wladimir Putin  
(28. November 2007).*

Ist Russland ein schwieriger Partner? In jedem Fall gibt es in Russland und in der Zusammenarbeit mit Russland eine „besondere Dimension“. Das meint nicht nur die sprichwörtliche unendliche Weite des Landes. Es gibt auch die „besondere Dimension“ der russischen Geschichte. Ein alter russischer Grundsatz besagt, dass der Herrscher und alle seine Handlungen sakrosankt sind. Die in der russischen Verfassung von 1905 gewährten Freiheitsrechte waren ein „Vogel mit gestutzten Flügeln“. Unter Stalin gingen Macht und Angst eine teuflische Symbiose ein. Millionen Menschen fielen seinen Verbrechen zum Opfer. Aber die Geschichtsschreibung der Sowjetzeit blendete selbst nach Chruschtschows berühmter „Geheimrede“ an die Delegierten des XX. Parteitages der KPdSU (1956) aus, was nicht in das Korsett der marxistisch-leninistischen Ideologie passte. Niemand wusste, was sich in der UdSSR wirklich abspielte. Der Eiserner Vorhang riegelte das Land von Informationen ab, Landkarten waren eine Rarität, und große Teile des Vielvölkerstaates waren Sperrgebiet, in dem selbst Verwandte Genehmigungen benötigten, um sich gegenseitig zu besuchen.

Diese Vergangenheit trägt ihren Teil dazu bei, dass Russland auch heute noch geheimnisumwittert erscheint. Ohnehin haben wir Probleme, dieses Riesenreich zu begreifen. Russland erstreckt sich über elf Zeitzonen. 160 Völkerschaften leben in 86 Gliedstaaten. Wer mit der Eisenbahn von Moskau nach Wladiwostok fahren möchte, benötigt dafür eine Woche.

Vor seiner Moskau-Reise im September des Jahres 1955 begriff Bundeskanzler Konrad Adenauer die Sowjetunion noch als Gegenbild zur westlich-abendländischen Welt. Seiner Meinung nach bildeten „die Größe des Landes, seine diktatorische Regierungsform und der kommunistische Fanatismus noch sehr lange Zeit für alle anderen Völker eine Gefahr“. Sein Besuch in Moskau, der 1955 zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland führte, ließ ihn das Land fortan differenzierter sehen.

Seitdem haben sich gewaltige Veränderungen vollzogen. In den deutsch-russischen Beziehungen ist seit Ende der 1980er Jahre ein neues Zeitalter angebrochen. Während sich die Völker noch vor fünfzig Jahren mit Skepsis und Misstrauen begegneten, erleben wir heute, wie unter ihnen die konfrontativen Denkmuster, die belasteten Erinnerungen und Ängste zurücktreten und offener Neugier, neuen Möglichkeiten und besseren Erfahrungen Platz machen.

Aus westlicher Sicht führen die russischen Demokratievorstellungen oftmals zu Irritationen. Dennoch darf Russland nicht durch Schwarzweißmalerei in eine permanente Rechtfertigungsposition gedrängt werden. Dass ein offener, lösungsorientierter und kritischer Dialog über Differenzen unter Freunden möglich ist, haben die EU und Russland in der Vergangenheit schon oft unter Beweis gestellt. Nur so können auch in Zukunft weitverbreitete Stereotypen durch persönliche Erfahrungen ersetzt werden.

Europa braucht Russland, und Russland braucht Europa! Europa braucht Russland nicht nur als strategischen Partner in Fragen der Sicherheitspolitik oder als Rohstofflieferanten. Europa braucht Russland, weil wir eine Familie sind. Der russische Zar Peter I. entriss sein Land vor 300 Jahren einer langen Stagnationsphase und wendete es in technischer, sozialer und politischer Hinsicht dem fortschrittlicheren europäischen Entwicklungsmodell zu. Seit jener Zeit kehrt Russland sporadisch immer wieder nach Europa zurück. Personen wie Peter I., Katharina II. oder Alexandra Romanowa, die letzte Zarengattin, belegen die Affinität Russlands vor allem zu Deutschland. Dafür stehen insbesondere auch mannigfache Beispiele enger wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Zusammenarbeit über Jahrhunderte hinweg.

Russland und Europa verbinden ihre Zivilisation sowie ihr kulturelles und historisches Erbe. Uns vereint das christliche Erbe. Dies ist ein Fundament und eine verlässliche gemeinsame Wertebasis, auf denen wir gemeinsame Perspektiven entwickeln können. Bundeskanzler Helmut Kohl sprach sich während des Besuchs des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow im Jahre 1989 in Deutschland dafür aus, das europäische Haus gemeinsam mit Russland zu errichten: „An der polnischen Westgrenze“, so sagte er, „beginnt Osteuropa und nicht Westasien.“

Die russisch-europäischen Beziehungen bedürfen der Substanz einer solchen Vision, die über tagespolitische Fragen hinausgeht. Demographische Probleme, Migration, asiatische Wirtschaftskonkurrenz und islamistisch-fundamentalistische Bedrohung: um diesen Zukunftsfragen nicht sprachlos und wehrlos gegenüberzustehen, müssen wir das europäische Haus fertiggloben. Es wird nicht halten, wenn es im Osten keine Pfeiler hat, genauso wie es den Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft im Westen braucht. Vor tausend Jahren schlug am Dnjepr die Geburtsstunde des ersten russischen Staates, der Kiewer Rus. Fast zeitgleich entstand das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Russland ist ein schwieriger Partner. Russland ist aber auch ein europäischer Partner.



*In den deutsch-russischen Beziehungen ist seit Ende der 1980er Jahre ein neues Zeitalter angebrochen, auch dank des guten Verhältnisses zwischen Michail Gorbatschow (l) und Helmut Kohl (r).*



WEB 2.0

## POLITIK ZUM MITMACHEN

### POLITISCHE KOMMUNIKATION IN ZEITEN DES WEB 2.0

DR. KRISTINA PRATSCH-HUCKO

Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
Politische Kommunikation,  
Hauptabteilung  
Politische Bildung,  
Konrad-Adenauer-Stiftung

Das Internet als Medium spielte im Wahlkampf erstmals 1994 in den USA eine Rolle. Bei der Präsidentschaftswahl 2000 kam dann der Durchbruch, die Online-Präsenz entwickelte sich – neben anderen Kommunikationskanälen – zu einem unverzichtbaren Wahlkampfbestandteil. Jeder Kandidat legte Wert auf eine eigene Homepage, auch wenn sie oft noch wenig professionell gestaltet war.

Konnte man damals noch von einer Fortsetzung der traditionellen Werbekommunikation mit erweiterten Mitteln sprechen, beobachten wir in Zeiten des Web 2.0 eine grundlegende Veränderung der Kommunikation: Neue interaktive Plattformen, die mit wenig Aufwand zugänglich sind, haben das Internet der „zweiten Generation“ zu einem Mitmach-Netz entwickelt. Längst gehört das klassische Sender-Empfänger-Modell der Kommunikation der Vergangenheit an, da der Nutzer eine aktive Rolle einnimmt und selbst in das Geschehen eingreift.

Wie viel Einfluss ein Einzelner nehmen kann, zeigt das Beispiel des republikanischen Senators George Allen in Virginia. Bei den Kongresswahlen 2006 hatte er einen Vorsprung von sechzehn Prozent vor dem demokratischen Herausforderer Jim Webb, bis er bei einem Wahlkampfauftritt in der Provinz einen dunkelhäutigen Mitarbeiter seines politischen Gegners, der die Kamera auf ihn gerichtet hatte, als „Macaca“ beschimpfte. Die Szene landete auf der Videowebsite „You Tube“ und avancierte dort zum meistgesehenen Clip. Als die „Washington Post“ und mehrere Fernsehsender die Geschichte aufgriffen, wurde der als rassistisch bewertete Ausrutscher im ganzen Land diskutiert. George Allen, der zuvor sogar als möglicher Präsidentschaftskandidat gehandelt worden war, verlor trotz öffentlicher Entschuldigungen seinen Sitz im Senat. Zwar hat es „Gegnerbeobachtung“ in amerikanischen Wahlkämpfen schon immer gegeben. Aber erst mit Hilfe der neuen Technik können Fehlritte blitzschnell ein Millionenpublikum erreichen. Was einmal gesagt ist, bleibt dokumentiert und kann jederzeit wieder herangezogen werden, um z. B. Wahlversprechen und tatsächliches politisches Handeln gegenüberzustellen.

Umgekehrt kann ein unbekannter Kandidat auch durch das Internet groß werden. Der erste, dem dies gelang, war bei den Vorwahlen zur Präsidentschaftswahl 2004 der demokratische Kandidat Howard Dean, der als Star der linken „Netzgemeinde“ gefeiert wurde. Über 600.000 registrierte „Deaniacs“ organisierten Diskussionsforen und reale Treffs im ganzen Land und sammelten eine Rekordsumme von 41 Mio. Dollar in Form von Kleinspenden. Letztendlich scheiterte Dean, aber das Gefühl der „Internet-Community“, etwas bewirken zu können, ist geblieben. Bei den „Midterm-Elections“ 2006 machte die demokratische Bewegung „Moveon.Org“ mit ihrer Aktion „Call for Change“ (C4C) von sich reden. Sympathisanten organisierten Partys in der realen Welt, wo jeder mit dem eigenen Handy weitere potentielle Wähler in Schlüsselwahlkreisen kontaktierte. Auf diese Weise wurden über sieben Millionen Anrufe getätigt. „You can make a difference“ ist das Motto, mit dem Wahlstrategen auch politisch nicht aktive Bürger zum Mitmachen bewegen. Wichtig ist dabei, dass man das Ergebnis



Die Konrad-Adenauer-Stiftung begleitet den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2008 mit einem Themenportal auf ihrer Homepage ([www.kas.de/wf/de/21.95/](http://www.kas.de/wf/de/21.95/)).

einer Aktion (z.B. die Höhe der gesammelten Summe) für die Beteiligten zeitnah sichtbar macht und besonders erfolgreiche Aktivisten belohnt, indem man ihnen z.B. eine Auszeichnung verleiht.

Insbesondere Jugendliche nutzen das Netz, weil sie selbst bestimmen können, was sie wann ansehen. Längst hat das Internet bei dieser Zielgruppe dem Fernsehen den Rang abgelaufen. So überrascht es nicht, dass die demokratischen Top-Kandidaten im Präsidentschaftswahlkampf 2008, Barack Obama und Hillary Clinton, ihre Kandidatur auf eigenen Internet-TV-Kanälen bekanntgaben. Seitdem werden die Seiten täglich aktualisiert und mit interaktiven Elementen angereichert. So forderte Hillary Clinton die Internetgemeinde auf, einen Monat lang einen Titelsong für ihre Wahlkampagne auszuwählen. 25.000 Vorschläge wurden eingereicht, 200.000 Personen beteiligten sich an der Abstimmung.

Das Massenmedium Fernsehen möchte bei dieser Entwicklung nicht nachstehen und baut zunehmend interaktive Elemente in das Programm ein. Erstmals stellten sich im Juli die acht demokratischen Präsidentschaftsbewerber Fragen, die Bürger in Form von halbinütigen Videoclips eingesandt hatten. Die zweistündige Debatte wurde gemeinsam von You Tube und dem Nachrichtensender CNN übertragen. Zeitgleich begann auf You Tube eine „Follow-Up Debate“ über die Antworten und das Abschneiden der Kandidaten.

Die neueste Entwicklung sind die „Social Networks“, die vor allem von Jugendlichen genutzt werden. „My Space“, das Forum für Musikfreunde, hatte in den USA 2006 knapp 50 Millionen Nutzer. „Facebook“, das als kostenlose Internetplattform für Schüler und Studenten im englischsprachigen Raum begann, kommt auf 8,7 Millionen registrierte Nutzer. In Anlehnung an die „Schul-Facebooks“ mit den Fotos der Mitschüler und Lehrer kann man auf dieser Internet-Plattform seinen „Steckbrief“ einstellen, Freunde treffen und mit Gleichgesinnten Freundesgruppen bilden. Längst haben Betreiber und Wahlstrategen das Potential für politische Zwecke entdeckt. So richtete You Tube den Kanal „You Choose 08“ ein, der den Kandidaten gigantische Werbeflächen für ihre Kampagnen bietet. Auf der Seite „Obama 08“ tauschen über 100.000 „Freunde“ Neuigkeiten, Videos und Events der aktuellen Kampagne aus und vernetzen sich mit anderen Unterstützern, Tendenz steigend. Gegner von Hillary Clinton gründeten die Gruppe „Stop Hillary Clinton (One Million Strong AGAINST Hillary)“, die in kurzer Zeit zur erfolgreichsten Facebook-Seite avancierte.

Die Nutzungshäufigkeit der einzelnen Seiten wird in den Vereinigten Staaten (z.B. auf „TechPresident.com“) täglich minutiös registriert. Über die Wirkungen in der realen Welt weiß man jedoch noch wenig.

Im französischen Präsidentschaftswahlkampf 2007 hat die sozialistische Kandidatin Ségolène Royal die „Démocratie participative“ zu ihrem Programm erhoben. Mit dem Motto „Désirs d'Avenir“ (Zukunftswünsche) forderte sie die Bürger auf, ihre Vorstellungen von der Gestaltung künftiger Politik per Internet oder in „partizipativen Debatten“, die im ganzen Land stattfanden, zu artikulieren. Ihr hundert Punkte umfassendes Regierungs-Programm stellte sie dann als Ergebnis dieser basisdemokratischen Befragung dar. Ihr Gegenkandidat Nicolas Sarkozy betrieb einen eigenen Fernsehkanal im Internet, der täglich mit neuen bewegten Bildern angereichert wurde. Sein Ziel war es, in Filmsequenzen bürgernah und unkonventionell zu erscheinen und seine Botschaften sehr direkt und persönlich dem Publikum mitzuteilen. Beide haben exemplarisch demonstriert, welche Rolle das Internet auch in Europa in der Zukunft des politischen Marketings spielen wird.



*Längst hat das Internet bei Jugendlichen dem Fernsehen den Rang abgelaufen. So haben die demokratischen Top-Kandidaten im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2008 ihre Kandidatur auf eigenen Internet-TV-Kanälen bekanntgegeben. Die Republikaner nutzen den Internetdienst „You Tube“ für ihre Debatten.*